

## **A n t r a g**

**der Fraktion der AfD**

### **EntschlieÙung**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD**

**- Drucksache 8/1043 -**

**Auswirkungen amerikanischer Zollpolitik abmildern und Außenhandelsdiversifizierung vorantreiben**

**Außenhandel am nationalen Interesse ausrichten – Absatzmärkte sichern, Schlüsselindustrien zurückholen, Russland einbeziehen**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Freihandelsabkommen sind grundsätzlich nur dann von Vorteil, wenn sie dem nationalen Interesse dienen. Das bedeutet: Sie müssen auf Augenhöhe verhandelt werden, gleiche Standards zugrunde legen und dürfen nicht die nationale Souveränität und demokratische Kontrolle untergraben – insbesondere durch die Einführung einer privaten Schiedsgerichtsbarkeit außerhalb des staatlichen Rechtssystems.
2. Thüringen, Deutschland und Europa haben sich in den vergangenen Jahren in vielen strategischen Bereichen – etwa bei Medikamenten, Halbleitern, Rüstungsgütern oder Energierohstoffen, aber auch im Bereich der Technologie und digitaler Dienste – einseitig vom Ausland abhängig gemacht. Diese Abhängigkeiten werden zunehmend machtpolitisch gegen Thüringen, Deutschland und Europa eingesetzt und schränken die wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit des Landes empfindlich ein.
3. Die konfrontative Zollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika unter ihrem 47. Präsidenten macht den bereits seit Jahren fortschreitenden Übergang in eine neue Ära globaler Machtpolitik sichtbar – eine Ära, in der das Ideal des Freihandels zunehmend durch das Primat nationaler und geopolitischer Interessen abgelöst wird. Für ein überwiegend auf Export ausgerichtetes Land wie Deutschland bedeutet das: Neben der Sicherung und Ausweitung ausländischer Absatzmärkte und der Diversifikation der Handels-

partner müssen der Erhalt und die Rückverlagerung industrieller Schlüsselbereiche im eigenen Land Priorität erhalten. Eine strategische Re-Industrialisierung im nationalen Interesse kann dabei gerade für Thüringen neue Wachstumschancen eröffnen.

4. Eine konsequente Diversifikation des Außenhandels erfordert es, auch Russland als Wirtschaftspartner wieder in den Blick zu nehmen. Die Wiederaufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu Russland stärkt die strategische Resilienz, fördert die geopolitische Balance und bietet die Chance, verlorengegangene wirtschaftliche Verflechtungen zu revitalisieren. Gerade die ostdeutsche und insbesondere die thüringische Wirtschaft haben in der Vergangenheit von stabilen Handelsbeziehungen mit Russland profitiert – an diese traditionell gewachsenen Strukturen gilt es pragmatisch anzuknüpfen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene und Ebene der Europäischen Union (EU) dafür einzusetzen, dass neue Freihandelsabkommen ausschließlich im nationalen Interesse abgeschlossen werden, das heißt unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen, klarer Rechtsstandards und dem Ausschluss von privaten Schiedsgerichten;
2. sich gegen eine Ratifizierung von Abkommen wie dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zu stellen, da sie wesentliche Teile nationalstaatlicher Souveränität aufgeben und den Handlungsspielraum demokratisch legitimierter Gesetzgebung beschneiden;
3. auf Bundes- und EU-Ebene deutlich zu machen, dass eine patriotische Industriepolitik notwendig ist, die systemrelevante Schlüsselindustrien im Inland stärkt und Re-Industrialisierung fördert, und zugleich auf Landesebene im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten aktiv in diesem Sinne zu handeln und entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen zu unterstützen;
4. sich auf allen Ebenen zum Zwecke der Diversifikation des Außenhandels dafür einzusetzen, Wirtschaftsbeziehungen mit Russland wieder zu ermöglichen sowie dafür, dass bestehende Hürden, insbesondere Sanktionen, abgebaut werden;
5. sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen das von der EU-Kommission angekündigte vollständige Importverbot für russisches Gas bis zum Jahr 2027 auszusprechen, da dies Versorgungssicherheit, Preisstabilität und wirtschaftliches Wachstum in Thüringen und Deutschland gefährdet;
6. sich für eine Wiederinbetriebnahme der Erdgaspipelines Nord Stream 1 und 2 einzusetzen, um eine stabile, kostengünstige und sichere Energieversorgung für Bürger und Industrie in Thüringen zu gewährleisten;
7. gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission darauf hinzuwirken, den Konfrontationskurs gegenüber Russland zu beenden und zu einer geopolitisch rationalen und wirtschaftlich verantwortungsvollen Politik zurückzukehren.

**Begründung:**

Der Antrag in der Drucksache 8/1043 enthält mit der Betonung auf Diversifikation und Dialog richtige Ansätze, bleibt aber in entscheidenden Punkten unvollständig und zu oberflächlich. Insbesondere die pauschale Forderung nach Ratifizierung bereits verhandelter Abkommen ignoriert fundamentale Souveränitätsbedenken gegenüber Freihandelsverträgen

wie TTIP. Der Antrag unterschlägt zudem die strukturelle Abhängigkeit Europas in strategischen Bereichen sowie die damit verbundenen sicherheitspolitischen Risiken. Die Rückverlagerung von Schlüsselindustrien, die Abkehr von naiver Globalisierung und die Entwicklung einer robusten, patriotischen Industriepolitik bleiben als zentrale Zielsetzungen unerwähnt. Ebenso fehlt der Wille, neben westlichen Märkten auch Russland wieder in eine tragfähige wirtschaftliche Außenhandelsstrategie einzubeziehen – dabei wäre dies nicht nur ein Beitrag zur Diversifikation, sondern auch zur geopolitischen Entspannung. Der vorliegende Entschließungsantrag schließt diese Leerstellen und ergänzt den Ursprungsantrag um notwendige nationale Perspektiven.

Für die Fraktion:

Muhsal